

**HINTER-
GRUND**
19.8.2015

WIE (UN-)GERECHT IST REICHTUM?

Sonderauswertung der Household Finance and Consumption Survey „Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich“

RUDI KASKE
Präsident der AK Wien

JOSEF MELCHIOR
Studienautor, Stv. Leiter des Instituts f. Politikwissenschaft Wien

OTTO FARNY
Leiter der Abteilung Steuerpolitik, AK Wien

MATTHIAS SCHNETZER
Wirtschaftswissenschaft und Statistik, AK Wien



REICHTUM SCHAFFT PROBLEME

Eine Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher findet: Reichtum schafft Probleme für die Gesellschaft. Das ist das Ergebnis der Studie „Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich“ von Josef Melchior und Martin Schürz. Die Daten dazu beruhen auf einer Sonderauswertung des letzten „Household and Consumption Survey“ der Europäischen Zentralbank, einer Befragung von 2.380 Haushalten in Österreich.

„Zu großer Reichtum einiger weniger führt zu Problemen in der Gesellschaft“ – dieser Aussage stimmt eine relative Mehrheit von 45 Prozent zu.

Durch eigene Leistung reich oder vermögend zu werden, scheint den ÖsterreicherInnen wenig wahrscheinlich: „Reich wird man über eigene Leistung“ glauben nur 18 Prozent.

43 Prozent hingegen stimmen der Aussage „Reich wird man übers Erben“ zu.

AK Präsident Rudi Kaske: „Wir wissen mittlerweile: Erbschaften sind der wichtigste Faktor, um zu Reichtum zu kommen, nicht die eigene Arbeit. Es kann nicht gut für eine Gesellschaft sein, wenn die eigene Leistung nichts mehr zählt, sondern nur mehr, ob man in die richtige Familie hineingeboren wird.“

Die AK fordert daher Maßnahmen, um eine gerechtere Verteilung von Vermögen und echte Chancengleichheit zu erreichen.

„Große Erbschaften untergraben die Chancengleichheit“, so der AK Präsident. „Wir fordern daher eine Erbschaftssteuer auf große Vermögen als Beitrag zur Finanzierung der Pflege. Wir wissen, dass der Bedarf in der Pflege stark steigen wird. Wir brauchen dafür mehr Mittel, damit sich auch in Zukunft alle Menschen eine gute Betreuung leisten können.“

„Ein gutes Sozialsystem gewährleistet Chancengleichheit und bewahrt vor Armut“, so AK Präsident Rudi Kaske. „Für einen Ausbau von Chancengleichheit ist ein Beitrag von großen Vermögen mehr als gerecht.“

AK Präsident Rudi Kaske: „Eine Millionärssteuer, wie wir sie fordern, bedeutet einen moderaten, jährlichen Beitrag für das Gemeinwohl, den man sich leicht leisten kann, wenn man ein Vermögen über einer Million Euro besitzt.“

Die Studie

Der „Household Finance and Consumption Survey“ der Europäischen Zentralbank war die erste Studie, die die enorme Schieflage bei den Vermögen in Österreich ans Licht brachte. Insbesondere über die Vermögen der reichsten 5 Prozent der Haushalte mit einem Reinvermögen ab einer Million Euro war zuvor wenig bekannt gewesen. Die nun vorliegende Studie „Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich“ beschäftigt sich, auf Basis der HFCS-Daten, mit der Frage, wie gerecht oder ungerecht Reichtum empfunden wird. Es ist dies die erste umfassende Studie, die sich mit den Einstellungen zu Reichtum befasst.

Dabei wurden die Befragten je nach ihrer wirtschaftlichen Lage in Vermögens- und Einkommensdezile eingeteilt. Reich sind demnach die 5 Prozent aller Befragten mit einem Haushaltsvermögen ab einer Million Euro. Arm sind diejenigen, deren Haushaltseinkommen zu den untersten 5 Prozent gehören. (durchschnittlich 570 Euro brutto pro Monat). (Die unterste Gruppe bei der Vermögensverteilung stellen überschuldete Haushalte dar. Die Vermögensverteilung ist daher nicht geeignet, Armut darzustellen, da diese Haushalte offensichtlich Zugang zu Finanzierungsformen haben, die den Einkommensarmen verwehrt bleibt.)

Auf einer Skala von eins bis zehn konnten die Befragten ihren Grad an Zustimmung bzw. Ablehnung zu den jeweils abgefragten Aussagen angeben. Für die vorliegende Studie wurden die Antworten dreigeteilt, wobei eins bis drei Ablehnung und acht bis zehn Zustimmung bedeutet. Antworten in der Mitte, also von vier bis sieben, zeigen teilweise Zustimmung bzw. Unentschlossenheit.

Der HFCS ist eine Umfrage unter 2.380 Haushalten in Österreich, die detailliert über ihre Vermögen und Einkommen Auskunft gaben. Der HFCS wurde 2010 zum ersten Mal durchgeführt und soll alle vier Jahre wiederholt werden. Die Ergebnisse der Befragung über die Einstellungen zu Reichtum sind seit Dezember 2014 zugänglich.

Reichtum als Problem

Alle wollen reich sein. Die Einstellungen zu Reichtum sollten also positiv sein. Das ist aber nicht der Fall. Für die Gesellschaft insgesamt wird Reichtum eher als Problem gesehen. Der Aussage: **„Zu großer Reichtum einiger weniger führt zu gesellschaftlichen Problemen“** stimmt mit 45 Prozent eine relative Mehrheit der ÖsterreicherInnen zu. 40 Prozent stimmen der Aussage noch teilweise zu. Nur 15 Prozent lehnen die Aussage ab - und das unabhängig davon, ob sie selbst reich (47 Prozent Zustimmung) oder arm (48 Prozent Zustimmung) sind.

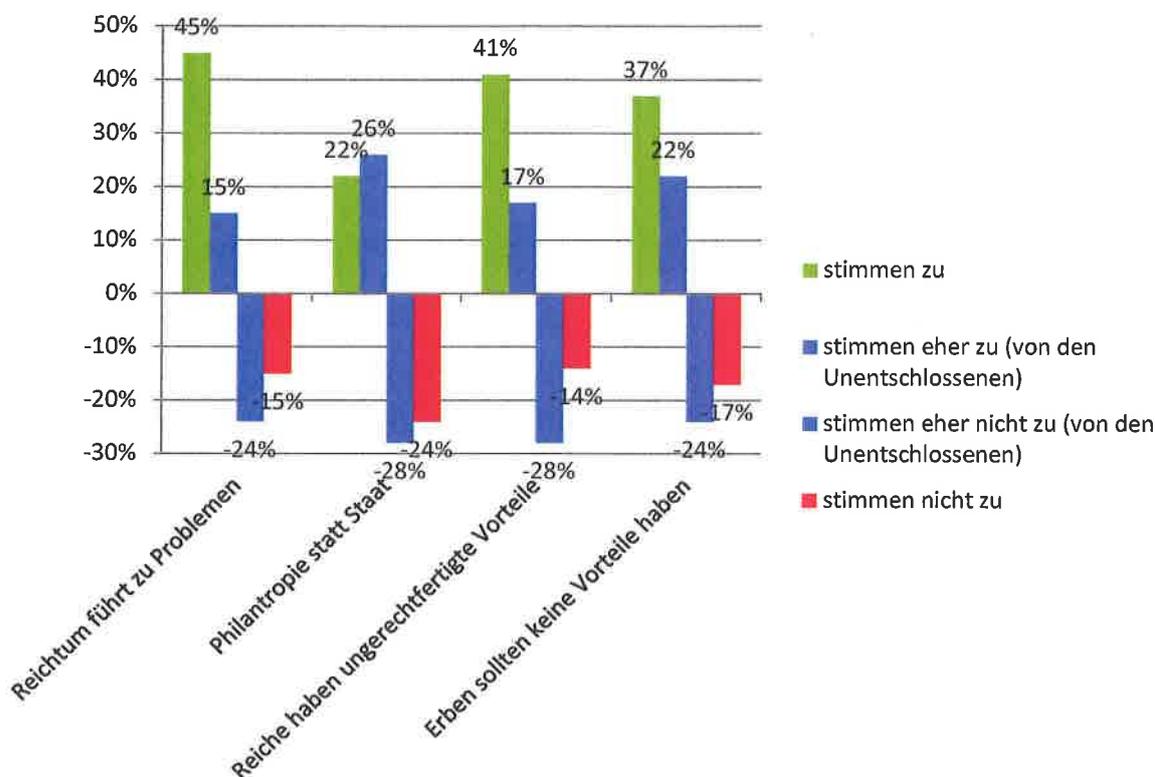
Dass Reichtum als problematisch gesehen wird, deutet darauf hin, dass die ÖsterreicherInnen dem Ideal von Gleichheit in der Gesellschaft anhängen (egalitäres Gesellschaftsmodell). Die hohe Zustimmung von arm und reich zeigt, dass Gleichheit gesellschaftlicher Konsens ist.

Dieses Ergebnis ist auch bemerkenswert, weil Reichtum theoretisch ja auch gute Auswirkungen haben könnte. Die Mehrheit ist gegenüber den Segnungen reicher Philanthropen aber zumindest skeptisch: 54 Prozent stehen der Aussage **„Reiche Menschen können durch ihre Wohltätigkeit mehr für eine gerechte Gesellschaft tun als der Staat durch Umverteilung“** unentschlossen gegenüber. Eindeutige Zustimmung sowie Ablehnung halten sich mit 22 und 24 Prozent annähernd die Waage.

Eines der Probleme von zu viel Reichtum für eine Gesellschaft sind Privilegien. Der Aussage **„Reiche genießen in ihrem Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“** stimmen 41 Prozent der ÖsterreicherInnen zu, 14 Prozent glauben das nicht. 45 Prozent haben dazu keine klare Meinung. Menschen mit Pflichtschulabschluss finden sogar zu 89 Prozent, dass Reiche ungerechtfertigte

Privilegien genießen, AkademikerInnen hingegen nur zu 34 Prozent. Und nur 25 Prozent der Reichen finden, sie genießen ungerechtfertigte Vorteile. (Arme: 44 Prozent).

Reichtum schafft Probleme und Reiche haben ungerechtfertigte Vorteile



Der Aussage „Niemand sollte bessere Möglichkeiten im Leben haben, nur weil sie viel geerbt haben“ stimmen 37 Prozent der Befragten zu, nur 17 Prozent sind gegenüber Erbprivilegien tolerant.

Wo war die Leistung?

Ungleichheit ist für die meisten Menschen nur dann zu rechtfertigen, wenn alle die gleichen Chancen zum Aufstieg haben. Die ÖsterreicherInnen glauben eher nicht an die Geschichte vom Tellerwäscher, der zum Millionär wurde: Die Aussage „Jeder hat die Chance, aus eigener Kraft reich zu werden“ glauben 29 Prozent nicht, 49 Prozent sind unentschlossen, 22 Prozent stimmen zu.

Am deutlichsten ist die Haltung der ÖsterreicherInnen, wenn es um das Erben geht: 43 Prozent stimmen der Aussage „Reich wird man übers Erben“ zu, nur 8 Prozent glauben das nicht. 49 Prozent haben aber auch dazu keine eindeutige Meinung.

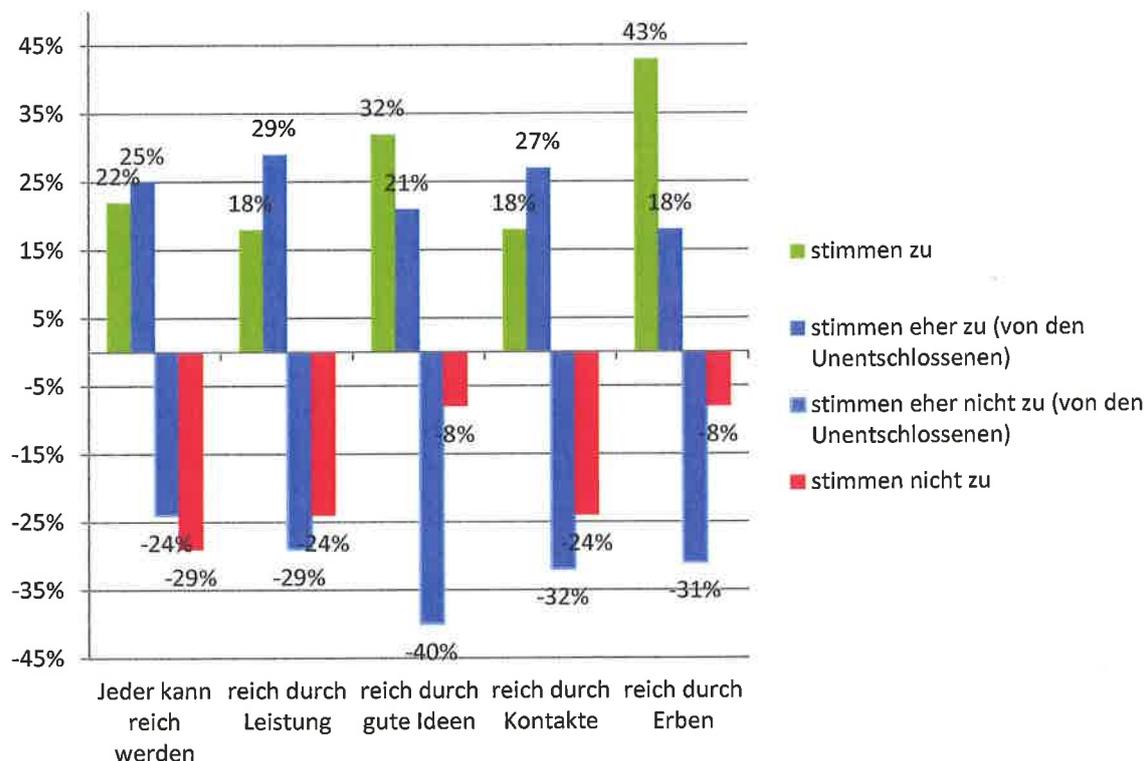
Dabei dürften die ÖsterreicherInnen die Bedeutung des Erbens sogar noch unterschätzen, wie zwei Studien zeigen:

Laut einer jüngst von der OeNB veröffentlichten Studie bedeutete eine durchschnittliche Erbschaft einen Sprung um 17 Stufen auf einer 100-teiligen Skala der Vermögensverteilung. Um sich das zu erarbeiten, müsste man im Schnitt die Hälfte der EinkommensbezieherInnen überholen.

Und eine Studie des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) im Auftrag der Arbeiterkammer zeigt: Die 35 Prozent jener Haushalte, die eine Erbschaft erhielten, verfügen über

mehr als 62 Prozent des gesamten Nettovermögens. Allein die Erbschaften summieren sich auf ein knappes Drittel des Gesamtvermögens.

Reich wir man durch Erbschaften, nicht durch Leistung



Dass das Leistungsprinzip auf dem Weg zum Reichtum eine Rolle spielt, glauben 18 Prozent. Aber die Mehrheit steht der Aussage „**Reich wird man über eigene Leistung**“ skeptisch gegenüber, 24 Prozent lehnen sie ab. Alter und die eigene wirtschaftliche Stellung spielen hier eine große Rolle: nur 11 Prozent der Armen glauben an Leistung als Königsweg zu Reichtum. Und auch bei den Reichen sind es nicht einmal ein Drittel, die glauben, die eigene Leistung hat ihnen ihren Wohlstand beschert. Die Jungen (unter 29 Jahre) sind mit 26 Prozent noch optimistisch, mit der eigenen Leistung reich werden zu können. Bei Menschen über 50, die auch ein längeres Berufsleben zurückblicken können, stellt sich mit der Erfahrung die Ernüchterung ein: nur 16 Prozent glauben bei Reichtum an ein Leistungsprinzip.

Genährt durch die Aufsteigerstories über Facebook-Gründer Marc Zuckerberg, Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz und Co. stimmen 32 Prozent der ÖsterreicherInnen der Aussage zu „**Reich wird man mit guten Ideen**“, nur 8 Prozent glauben das nicht. Die Mehrheit von 60 Prozent bewertet die Chancen auf Reichtum durch eine zündende Idee als zumindest unsicher. Auch hier sind Junge und Reiche optimistischer.

Nur eine Minderheit von 18 Prozent glaubt: „**Reich wird man über soziale Kontakte**“. 24 Prozent stimmen nicht zu, die große Mehrheit von 59 Prozent hat dazu keine klare Einschätzung.

Wo steht man selber?

Schon im Sozialbericht 2012 hat die OeNB bei den „Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich“ darauf aufmerksam gemacht, dass ärmere Menschen sich als weniger arm sehen, als sie im Vergleich

zu anderen sind, reichere als weniger reich. Und das nachdem die Befragten zuvor detailliert über ihr Vermögen Auskunft gegeben hatten.

Die Reichen verschätzen sich öfter und im größeren Ausmaß, als die Armen. 29 Prozent der Ärmsten schätzen sich auf einer zehnstufigen Skala richtig im untersten Dezil ein. Aber nur 0,6 Prozent der Reichsten schätzen sich richtig im obersten Dezil ein. Sie schätzen sich durchschnittlich auch gleich um vier Stufen weniger reich ein, die ärmsten schätzen sich nur um ein bis zwei Stufen besser ein.

AK Präsident Rudi Kaske: Schlussfolgerungen für die Politik

„Das Thema Gerechtigkeit trifft einen Nerv in der Bevölkerung, wie die vorliegende Studie zeigt. Zu viel Reichtum wird als Problem gesehen, sogar von den Reichen selbst“, so AK Präsident Rudi Kaske. „Aber diese Einsicht reicht offenbar nicht. Für manche kann es einfach nie genug sein, wenn sich die Reichen um so viel ärmer einschätzen, als sie sind. Dann reicht die Yacht am Wörthersee nicht, wenn sie an die vom Abramovich denken.“

„Einige laute Wohlhabende wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine gerechtere Verteilung mithilfe von Erbschafts- und Vermögenssteuern. Sie schaffen es, die kleinen Häuselbauer als menschliche Schutzschilder vor sich herzuschieben. Zum Glück wird die Unwissenheit über die ungeheure Schieflage bei den Vermögen seit der Nationalbankstudie zur Vermögensverteilung immer weniger. Wir leisten dazu jedenfalls unseren Beitrag“, so Kaske.

„Die vorliegende Studie zeigt für mich, dass wir mit unseren Kampagnen – allen voran „Gerechtigkeit muss sein!“ - den Nagel auf den Kopf getroffen haben“, so der AK Präsident. „Wir werden nicht aufhören, den Finger in die Wunde zu legen, wenn es um die Schieflage bei den Vermögen geht. Und wir werden weiter eine starke Stimme für Steuern auf große Vermögen und Chancengleichheit sein.“

Erbschafts- und Schenkungssteuern für die Pflege

AK Präsident Rudi Kaske: „Wir wissen mittlerweile: Erbschaften sind der wichtigste Faktor, um zu Reichtum zu kommen, nicht die eigene Arbeit. Es kann nicht gut für eine Gesellschaft sein, wenn die eigene Leistung nichts mehr zählt, sondern nur mehr, ob man in die richtige Familie hineingeboren wird“, so Kaske.

„Große Erbschaften untergraben die Chancengleichheit“, so der AK Präsident. „Wir fordern daher eine Erbschaftssteuer auf große Vermögen als Beitrag zur Finanzierung der Pflege. Wir wissen, dass der Bedarf in der Pflege stark steigen wird. Wir brauchen dafür mehr Mittel, damit sich auch in Zukunft alle Menschen eine gute Betreuung leisten können.“

Das Wifo hat 2014 errechnet, dass die Pflegeleistungen der Länder (Sachleistungen) stark steigen werden. Die Pflegeausgaben insgesamt liegen derzeit bei 4,5 Milliarden Euro und werden laut EU-Ageing-Report 2015 von 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung bis 2030 auf 2,1 Prozent steigen.

Neben der steigenden Zahl an Pflegebedürftigen braucht es auch mehr Mittel, um eine bessere Qualität zu erreichen durch:

- + bundesweit einheitliche Standards
- + bedarfsgerechter Ausbau stationärer, teilstationärer und mobiler Pflege- und Betreuungsformen
- + Ausbau des Case- und Care-Managements, der durchgängigen Betreuung der Pflegebedürftigen über alle Institutionen hinweg, also vom Krankenhaus bis zur Heimkehr oder Aufnahme in ein Pflegeheim.
- + mehr Transparenz der Betreuungsangebote

+ für das Pflegepersonal wollen wir: bessere Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung, mehr Personal in der Pflege, Attraktivierung des Pflegeberufs

AK Kasko: „Gerecht ist, den steigenden Bedarf solidarisch aus dem Aufkommen einer Erbschaftssteuer auf große Vermögen zu finanzieren.“

Eckpunkte für eine Erbschaftssteuer:

Freibetrag bis 1 Million Euro

1 bis 5 Millionen Euro: 25 Prozent

5 bis 10 Millionen Euro: 30 Prozent

Über 10 Millionen Euro: 35 Prozent

Bringt: 500 Millionen Euro, die fix in den Pflegefonds fließen.

AK Präsident Rudi Kasko: „Wir haben einen großzügigen Freibetrag von einer Million Euro vorgesehen. Das heißt, wer eine durchschnittliche Wohnung oder ein Haus erbt, das sich die Eltern davor mühsam erarbeitet haben, zahlt nichts! Denn laut Nationalbank liegt das durchschnittliche Immobilienvermögen bei rund 250.000 Euro - und wäre somit steuerfrei.“

„Unser Modell liegt auf dem Tisch. Nichts ist in Stein gemeißelt, aber wir sind hier für die kommenden Diskussionen gerüstet. Unsere Forderung ist kein Minderheitenprogramm, wie auch die vorliegende Studie zeigt.“

Vermögenssteuer für einen leistungsfähigen Sozialstaat

„Ein gutes Sozialsystem gewährleistet Chancengleichheit, schützt vor Armut und stabilisiert den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Für einen Ausbau von Chancengleichheit ist ein Beitrag von großen Vermögen mehr als gerecht“, so AK Präsident Rudi Kasko.

Die wichtigsten Herausforderungen für den Sozialstaat in naher Zukunft sind:

- + der Ausbau der Ganztagschulen
- + der steigende Bedarf an Plätzen und Qualität in der Elementarpädagogik
- + der Gesundheitsbereich aufgrund einer älter werdenden Bevölkerung

Eckpunkte für eine Millionärsabgabe:

Freigrenze bis eine Million Euro

Bis 10 Millionen Euro: 0,5 Prozent

Darüber: 1 Prozent

Bringt: 1,5 Milliarden Euro

AK Präsident Rudi Kasko: „Eine Millionärssteuer, wie wir sie fordern, bedeutet einen moderaten, jährlichen Beitrag für das Gemeinwohl, den man sich leicht leisten kann, wenn man ein Vermögen über einer Million Euro besitzt. Nur 5 Prozent der Haushalte wären infolge der großzügigen Freibeträge überhaupt betroffen.“

Zusätzlich helfen Erbschafts- und Vermögenssteuer gegen die Schieflage bei den Vermögen, die echter Chancengleichheit entgegensteht. Das Spekulationskapital, das die Wirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt hat, würde reduziert.

Josef Melchior, Martin Schürz: „Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich“, in „Wirtschafts und Gesellschaft“, Heft 2 2015